



Ein Bundesrichter auf Abwegen ?

Hans-Jürgen Papier umgeht nachträglich die vom Grundgesetz nicht umsonst so vorgegebene breite und möglichst ausgewogene Besetzung des Bundesverfassungsgerichtes.

Offensichtlich passt es dem Herrn Richter nicht so ganz, wie und was in dem von ihm mitunterzeichneten, aber nicht allein von ihm erstellten Urteil zu den Hartz-4-Regelsätzen, explizit ausgesagt bzw. explizit nicht ausgesagt wird.

Aus diesem Grunde scheint es dem CSU-Mitglied Papier als richtig, seine ganz persönliche Auslegung des Urteils in der WELT AM SONNTAG noch einmal darzulegen und ausgerechnet und gezeilt gerade dort mit (seinen) Inhalten zu füllen, wo sich das Kollegium offenbar – und das ist tatsächlich anzumahlen – wenngleich sicher nicht ohne Grund, nicht auf eindeutige Inhalte verständigen konnte.

Die Äußerung seiner privaten Meinung in der Presse ist Herrn Papier als Privatperson natürlich ohne Weiteres zuzugestehen, auch, wenn er politisch deutlich rechts steht, worauf schon seine CSU-Zugehörigkeit hinweist und selbst dann, wenn er eindeutig neoliberal, etwa im Sinne der hardcore-kapitalistischen INSM, ausgerichtet zu sein scheint.

Was **dagegen aber nicht zu tolerieren** und meiner Meinung nach als bewusste Irreführung (in Bezug auf die verfassungsgerichtliche Intention des Urteils) der Öffentlichkeit zu interpretieren ist, ist die Tatsache, das Papier mit seiner Urteilsinterpretation in der WAMS nicht eindeutig als Vertreter dieser, seiner politischen Richtung (CSU) bzw. als Sympathisant einer zweifelhaften, demokratisch nicht legitimierten Privatinitiative (INSM) auftritt sondern explizit als Verfassungsrichter.

Als ein Verfassungsrichter, der, so scheint es, eine nachträgliche, nichtsdestoweniger notwendige und respektheischende Urteilsbegründung nachreicht und dabei eindeutig nicht von seiner Meinung sondern - durch den Gebrauch der Vokabel „wir“ in einedeutigem Bezug auf das Gericht als Ganzes - diese, seine private Einzelmeinung, als Credo des gesamten Richterkollegiums darstellt.

Dies erfüllt – zumindest gefühlt – die **Tatbestände der Amtsanmaßung und auch der Amtsbeschädigung**. Denn wer diesen Sachverhalt im beschriebenen Verständnis interpretiert, muss das Vertrauen in eine (weitere) der Säulen unseres demokratischen Gemeinwesens, zunächst ganz allgemein in die Justiz und dann auch ganz konkret in das Verfassungsorgan BGH verlieren.

Aber der scheidende, ideologisch offensichtlich so einseitig ausgerichtete Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichtes geht ja sowieso bald (allem Anschein nach, ohne das Bessere nachfolgt) und kann seiner bisherigen Funktion in diesem Amt daher sowieso nicht mehr schaden. Und als Mensch, wie als Karrierist würde er - selbst wenn sich jemand fände, der ihn belangen wollte - wie immer in solchen Fällen verdienster neofeudaler Solidarität von seinen Gesinnungsgenossen aufgefangen und von dem Netzwerk, dem er angehört, dann erst recht getragen und befördert werden.

Meines Erachtens hätte das Gericht durchaus die Möglichkeit und damit auch die Pflicht gehabt, etwas Eindeutiges, auch zur Höhe der Regelsätze zu sagen, statt dies Herrn Papier nun aus seinem ganz persönlichen Blickwinkel zu ermöglichen.

Zitat:

Welt am Sonntag: Dennoch erwarten viele Hartz-IV-Empfänger jetzt höhere Regelsätze.

Papier: Ich habe dafür ein gewisses Verständnis, weil das Verfahren ja mit diesem Ziel angestrengt worden ist. Aber die Festlegung ist nicht Sache des Gerichts, sondern liegt in der Gestaltungskompetenz des Gesetzgebers. Der streitet darüber jetzt in der politischen Arena. Das ist auch in Ordnung, das ist seine Aufgabe.

Denn die Gestaltungskompetenz des Gesetzgebers endet genau dort, wo das GG eindeutig ist. - Und das legt eindeutig fest, dass die Sätze für den Lebensunterhalt nicht unter dem Existenzminimum liegen dürfen. Eine Kenngröße, die ihrerseits ebenso eindeutig festgeschrieben ist, wie sie vielfach schon jetzt - und nicht nur bei Kindern - nicht eingehalten wird und nach dem Willen nicht nur des neofeudalen Erzbengels und Hohem Priester des Mammonismus, Westerwelle, durchgehend, deutlich und explizit vorgeschrieben für jeden unterschritten werden soll, der sich seiner Leistungsträgersgesellschaft nicht stiefelleckend als (schneeschaufelnder) Sklave andient oder dazu pressen lässt.

A3G-Reaktion zu:

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article6587967/Bundesrichter-mahnt-moderate-Steuersaetze-an.html>

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=4647>